

Bechreibung der AG3: Grüner Energiekolonialismus

Die Beschaffung von Ressourcen für die „Saubere Energiewende“ des globalen Nordens, beruht auf einer neuen Phase der Umweltzerstörung des globalen Südens, die das Leben von Millionen Menschen bedroht und auch nichtmenschliches Leben zerstört. Dabei geht es um den Import von seltenen Rohstoffen aus dem globalen Süden, für Hightech-Batterien, wie Lithium und Kobalt, Land für gigantische Solar- und Windkraftanlagen und eine neue Infrastruktur für Wasserstoff-Megaprojekte. Mittels der Finanzmärkte und dem Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen durch Freihandelsverträge wird die Abhängigkeit und die Verschuldung der Länder des Südens verstärkt und es droht ein „grüner Energiekolonialismus“, besonders in Afrika und Lateinamerika. Globale Klimagerechtigkeit und eine weltweite sozial-ökologische Transformation kann es aber nur geben, wenn Abhängigkeiten abgeschafft werden und Länder des globalen Südens eine eigene tragfähige nachhaltige Ökonomie aufbauen können. Energiewirtschaft ist Teil davon. Erst wenn Energie- und Ressourcenbedarf im eigenen Land gesichert ist, darf ressourcenschonender und klimaverträglicher Export möglich sein. Das gilt für Windkraft, Solarenergie und daraus hergestellten Wasserstoff genauso wie für Rohstoffe zur Speicherung erneuerbarer Energie. Angesichts der Bemühungen von EU, Bundesregierung und Energiekonzernen, Windkraft und Solarenergie aus Ländern des globalen Südens für ihre „Wasserstoffstrategie“ zu nutzen und den hemmungslosen Abbau kritischer Mineralien voranzutreiben, wollen wir im Workshop über Strategien zur Verhinderung eines „grünen Energiekolonialismus“ sprechen.

Mit Miriam Lang (Ecuador)

Moderation: Achim Heier (Attac Deutschland / Projektgruppe Energie)

Die AG wurde mit der AG 2 „Auswirkungen von Handels- und Investitionsabkommen in Lateinamerika – Anforderungen an eine gerechte, nachhaltige europäische Handelspolitik“ zusammengelegt und bestand aus insgesamt 14 Teilnehmer*innen.

Miriam Lang betonte zu Beginn, dass der „nördliche“ Dekarbonisierungskonsens nichts an der Wachstumsmaxime kapitalistischen Wirtschaftens ändere. Eine Fokussierung auf CO² ist reduktionistisch, weil sie Macht- und Handelsbeziehungen außer acht lässt. Der Begriff „postfossiler Extraktivismus“ unterstellt, dass der fossile Extraktivismus vorbei ist. Dem ist nicht so, daher im Zusammenhang mit regenerativen Energien lieber von „grünem Extraktivismus“ sprechen.

Wichtige Aussagen aus dem Manifest und einigen Veröffentlichungen:

Globaler Norden treibt Dekarbonisierung / Energiewende voran, um Klimakollaps zu entrinnen. Diese Transformation ist „unvermeidlich, aber nicht gerecht.“

„Diese saubere Energiewende des Nordens setzt den globalen Süden noch stärker unter Druck. ... Balsaholz für Windkraftanlagen und Land für Staudämme, große Flächen für Solar- und Windkraftanlagen, neue Infrastrukturen für Wasserstoff-Megaprojekte“

„Die marktbasierende und exportorientierte Dekarbonisierung des Nordens führt zu einer neuen Phase der Umweltzerstörung des globalen Südens, die sich auf das Leben von Millionen Frauen, Männern und Kindern auswirkt...“

Verschärfend kommt hinzu, dass Biokraftstoffe geringere Energiedichte haben und höheren Landverbrauch verursachen (auf Kosten von Regenwald oder Anbau von Nahrungsmitteln)

Erhebungen durch Environmental Justice Atlas (EJ Atlas) zeigen:

Es gab 2019 global 883 Konflikte um mineralischen & metallischen Extraktivismus, 663 Konflikte um fossilen und 988 Konflikte um „grünen“ Extraktivismus. Knapp ein Drittel der weltweiten Konflikte entfallen auf Lateinamerika. Von den 40 Prozent der Konflikte, die auf den Bereich Erneuerbare Energien entfallen, sind etwa 40 Prozent Konflikte um Staudämme und Wasserverteilung.

Eine Analyse von Temper, Leah u.a. (2020) zeigt, dass sich Konflikt um fossile und „grüne“ Energien kaum bzgl. Konfliktintensität und Ausmaß von Gewalt unterscheiden. Indigene Gemeinschaften sind dabei überdurchschnittlich betroffen, lokale Livelihood-Strategien werden verunmöglicht.

Lt. GTAI <https://www.gtai.de/de/trade/lateinamerika/branchen/gruene-energie-fuer-die-welt-928594> gibt es aktuell 10 größere Projekte zur Produktion Grünen Wasserstoffs in Lateinamerika in Brasilien (7), Argentinien, Chile und Uruguay (je 1) mit einem Investitionsvolumen von ca. 37 Milliarden Euro und geplanten Kapazitäten von 6,45 Mill. to. Wasserstoff plus 5.000 MW Strom

Im Manifest steht als Schlussfolgerung:

„Kleinere Änderungen in der Energiematrix reichen nicht aus. Das gesamte Energiesystem muss umgestaltet werden, von der Produktion und Verteilung bis hin zu Verbrauch und Abfall. Es reicht nicht aus, Autos mit Verbrennungsmotor durch Elektrofahrzeuge zu ersetzen, da das gesamte Transportmodell geändert werden muss, mit einer Reduzierung des Energieverbrauchs und der Förderung nachhaltiger Optionen“.

„Deshalb müssen wir dringend neue Visionen des ökosozialen Übergangs und der Transformation diskutieren und umsetzen, die geschlechtergerecht, regenerativ und populär sind und gleichzeitig lokal und international sind“

Die Diskussion wurde in zwei Blöcken geführt:

Rolle der Konflikte um Extraktivismus in den emanzipatorischen Bewegungen und in Lateinamerika? Rolle der Sicherung der eigenen Energieversorgung dabei?

Klassisch waren Kämpfe gegen Kupferabbau. Auf der Rohstoffseite werden sie jetzt ergänzt um den Lithium-Abbau. Auch dabei ist Lateinamerika nur Rohstofflieferant. Die Erfahrungen mit linken Auswegen durch einen „sozialen“ Extraktivismus sind negativ. Das Yasuni-Projekt in Ecuador wurde von Rafael Correa selbst gestoppt. Allerdings gibt es ein Revival. Nach langem Rechtsstreit wird es im August 2023 zusammen mit den Parlamentswahlen ein erneutes Referendum dazu geben. Miriam bittet dringend um finanzielle Unterstützung aus Europa. Attac wird einen Aufruf mit Spendenkonto starten.

Kämpfe gegen Extraktivismus sind nicht nur von indigenen Gruppen, die nur einen kleinen Teil der Bevölkerung ausmachen, geführt worden.

Die Landnahme für große Flächen an Wind- und Solarenergie zur Herstellung von Wasserstoff sind eine neue Dimension. Dieser Wasserstoff ist nur für den Export gedacht, Pläne zur Nutzung des erneuerbaren Stroms für die Bevölkerung sind nicht bekannt.

Es gab Differenzen über die Bedeutung der Wasserstoffprojekte. Eine Position war, dass sie nur Propaganda zur Ablenkung wären und es bei der Dominanz fossilen Extraktivismus bleibt. Eine andere Position verwies auf die großen Investitionen dazu in Lateinamerika im Rahmen des „Wasserstoff-Hypes“ in Europa. Es dürfte jedoch große Transportschwierigkeiten per Schiff geben

und der Hype dürfte sich in Europa wegen hoher Kosten und Problemen bei der Nutzung reduzieren.

Rahmenbedingungen / Forderungen, um zu einer nachhaltigen ökosozialen Energiewende kommen zu können?

Die übergreifende Forderung aus dem Manifest ist die Begleichung ökologischer Schuld:

- Entschädigung / umfangreicher Transfer von Finanzmitteln und geeigneter Technologie
- Erlass der Staatsschulden
- Legalisierung und Rückgabe kollektiver Territorien

Manifest lehnt Ausweitung der Förderung fossiler Rohstoffe in Lateinamerika ab

Manifest lehnt Landraub für Solar- und Windparks (u.a. zur Wasserstoffgewinnung) sowie wahllosen Abbau seltener und kritischer Mineralien ab

Um zu gleichwertigen Lebensbedingungen zu kommen, ist eine Veränderung der „imperialen Lebensweise“ in den kapitalistisch entwickelten Ländern nötig – weg vom „Produktivismus“. Dazu gehört die Reduktion von Energieverbrauch und von Konsum, immer verbunden mit Umverteilung und sozialem Ausgleich. Megaprojekte, gleich welcher Art, entsprechen dem nicht. Globale Lieferketten sind einzubeziehen und zu verändern. Dabei können die traditionellen Produktionsstandorte hinterfragt werden. Wenn Südafrika z.B. die Kohle hat, warum soll nicht dort auch der Stahl produziert werden, statt die Kohle klimaschädlich über tausende Kilometer zu transportieren. Solche Diskurse sind natürlich bei transnationalen Investoren unerwünscht.

Die geopolitischen Veränderungen müssen bei der Einschätzung von Rahmenbedingungen mit bedacht werden. Dazu gehören auf der Ebene der Erklärungen:

Der Critical Raw Materials Act der EU zur Sicherung von Rohstoffen

Die Global Gateway Initiative der EU, quasi als Gegenpol zum Seidenstraßenprojekt Chinas

Aktivist*innen bei uns sind gefragt, zu diesen Fragen eine Diskursverschiebung im eigenen Umfeld anzustoßen.

Der häufig auftretende Gegensatz zwischen Interessen / Kämpfen von Umweltbewegungen und Gewerkschaften muss dabei durchbrochen werden. In Kolumbien hat es Zusammenschlüsse von Ölarbeiter*innen und indigenen lokalen Gruppen gegen die Förderung von Öl und Kohle gegeben. In Deutschland gibt es einen „climate turn“ von Gewerkschaften bei Ver.di und einen „social turn“ von Fridays for Future u.a. beim Kampf um eine Mobilitätswende.